

An die 6. Vollversammlung am 28.05.2026  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

## **Demokratische Teilhabe stärken – Mitbestimmung ausbauen**

Viele Arbeitnehmer\*innen in Salzburg leben seit Jahren oder Jahrzehnten in Österreich, arbeiten hier, zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und leisten einen unverzichtbaren Beitrag für diese Gesellschaft. Dennoch sind viele von ihnen weiterhin von wesentlichen demokratischen Mitwirkungsrechten ausgeschlossen, weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

Der Zugang zur Staatsbürgerschaft ist in Österreich nach wie vor mit hohen Hürden verbunden. Strenge Voraussetzungen, hohe Kosten und langwierige Verfahren erschweren vielen Menschen den Weg zur vollen rechtlichen und politischen Gleichstellung. Das ist integrationshemmend und sozialpolitisch problematisch.

Gerade die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung aller Arbeitnehmer\*innen ist gefordert, sich für gleiche Rechte, faire Zugänge und mehr demokratische Teilhabe einzusetzen. Wer hier lebt, arbeitet und von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen ist, muss auch wirksam Möglichkeiten haben, seine Interessen einzubringen.

Neben einer generellen Erleichterung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft braucht es daher auch eine Ausweitung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Es ist nicht sachgerecht, dass Menschen von Mitwirkungsinstrumenten ausgeschlossen bleiben, obwohl Gesetze und politische Entscheidungen ihre Arbeitsbedingungen, ihre soziale Lage und ihren Alltag direkt betreffen.

Insbesondere bei Gesetzesstellungennahmen und Volksbegehren ist nicht einzusehen, weshalb dauerhaft in Österreich lebende Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft von vornherein ausgeschlossen sein sollen. Wenn politische Vorhaben Menschen unmittelbar betreffen, dann müssen diese Menschen auch die Möglichkeit haben, ihre Perspektiven einzubringen und politische Anliegen zu unterstützen.

Die AUGE/UG stellt daher den

## **A N T R A G**

**Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Salzburg fordert die Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Christian Stocker, sowie die für Europa, Integration und Familie zuständige Bundesministerin Claudia Bauer auf, folgende Punkte in die Wege zu leiten:**

- 1. Beteiligung an Gesetzesstellungen zu ermöglichen:  
Dauerhaft in Österreich lebende Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sollen in geeigneter und nachvollziehbarer Form an Gesetzesstellungen und Begutachtungsverfahren mitwirken können, wenn die jeweiligen Gesetzesvorhaben ihre Lebens- und Arbeitsrealität direkt betreffen.**
  
- 2. Unterstützung von Volksbegehren ermöglichen:  
Die gesetzlichen Voraussetzungen sollen dafür geschaffen werden, dass Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft Volksbegehren unterstützen können, sofern sie ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Österreich haben.**

Für die AUGE/UG

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Klaus-Peter Fritz'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Klaus-Peter Fritz